

Wer will unseren Ruf ruinieren?

Bestimmte Kreise im Ausland ereifern sich regelmäßig über ein angebliches Wiederaufleben des "Nazismus" hierzulande. Ein anonym bleibender Experte für innere Sicherheit stellt die Frage, warum das Ausland gleichzeitig die ungebremste Zufuhr derartiger Materialien nach Deutschland zuläßt.

Es ist zur Genüge bekannt, daß die ausländischen Medien über rechtsextreme Ausschreitungen bei uns sehr ausführlich berichten: das ist ihr Recht, wenngleich deren gelegentliche Schadenfreude bedauert werden muß. Ein Beispiel aus letzter Zeit waren die Auslandskommentare zum Gerichtsurteil gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert. Sehr treffend führte dazu Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, gegenüber der Amsterdamer Wochenzeitung "Vrij Nederland" aus: "Es ist ganz falsch, wenn das Ausland immer wieder auf Deutschland zeigt, während es solche Zwischenfälle im eigenen Land einfach toleriert ... Ein Mann wie Deckert würde in den Niederlanden, in Großbritannien oder Dänemark nicht bestraft werden. In keinem einzigen Land Europas wäre er vor den Richter gekommen. Darum verstehe ich die Aufregung im Ausland auch nicht. Es wird Zeit, daß die europäischen Länder sich mal mit sich selbst beschäftigen."

Diese Doppelmoral zeigen besonders jene Staaten, von denen aus dortige Neonazi-Kreise seit Jahren ihre Druckschriften nach Deutschland einschleusen und zwar völlig ungehindert durch ihre Länder, die andererseits offenbar nicht ungern die Bundesrepublik als "faschistisch" diskreditieren. Das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz schrieb in seiner 1993 veröffentlichten Dokumentation "NS-Propaganda aus dem Ausland" recht drastisch: "Das westliche Ausland fördert durch die ungebremste Zulassung der Produktion und der Ausfuhr von neonazistischem, insbesondere antisemitischem Propagandamaterial zumindest teilweise die neonazistischen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland."

Primitive Hitler - Glorifizierung

Richtig ist auch die Formulierung, solche Aktionen seien "Vorteile, die für die verfassungsfeindliche Szene in der Bundesrepublik gar nicht zu hoch angesetzt werden können". In der Tat nehmen die ausländischen NS-Schriften den hiesigen Gesinnungskameraden das Risiko von mehrjährigen Haftstrafen: Würden diese nämlich jene Druckerzeugnisse selbst, in Deutschland herstellen, müßten sie mit Gefängnis rechnen...

Es ist zutreffend, daß in den meisten westlichen Ländern immer noch eine neonazistische Betätigung mit ihrer primitiven Hitler-Glorifizierung, und haßerfüllten Artikeln gegen das heutige Deutschland unter dem Zeichen der Meinungsfreiheit völlig straflos ist und das ebenso für den zumeist vulgären Antisemitismus unter dem Deckmantel einer "Religionsfreiheit" gilt. Es gibt allerdings auch eine politische Moral, deren angebliche Nicht-Existenz man oft und gern dem heutigen Deutschland glaubt vorhalten zu können. Im einzelnen zeigt sich dabei folgendes Bild:

Im belgischen Diksmuide kommt es alljährlich zu einem Treffen flämischer Nationalisten, das am Rande längst zur Plattform für eine wenig rühmliche Selbstdarstellung europäischer gerade ebenfalls deutscher Neonazis wurde und wo man ganz offen NS-Abzeichen und inhaltsreiche Bücher aus der damaligen Zeit kaufen kann. Der Innenminister in Brüssel war auch im letzten Jahr rechtzeitig informiert, er unternahm indes nichts, um ein derartiges Treffen zu verhindern. Ob die dortigen Behörden wirklich nicht wußten, daß das Café Odal

unter Albert Eriksson in der Kronstraat Antwerpens internationale Anlaufstelle von UltraRechten war und es eine Frau Godelive Kusse im Stadtteil Borgerhout seit einiger Zeit weiterführt?

Thies Christophersen, während des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der SS für den Gartenbau im KZ Auschwitz tätig, entzog sich 1986 einem deutschen Strafverfahren wegen Volksverhetzung und flüchtete nach Dänemark wo ein Gericht eine Ausweisung ablehnte. Lind er 1992 eine erneute Verlängerung seiner Aufenthalts und auch seiner Arbeitsgenehmigung (er vertreibt die neonazistischen Schriften "Die Bauernschaft" und "Kritik") erhielt. Hieß es anfangs, sein Antisemitismus erfülle nicht den Straftatbestand der Diskriminierung einer religiösen Gruppe, waren seine Aktivitäten dann "politischer Natur" was eine Auslieferung in die Bundesrepublik verbiete. Pikiert reagierte Justizminister Erling Olsen: "Wir haben hier Meinungsfreiheit und wollen keine Polizeistaatsmethoden einführen, wie man das vielleicht woanders kann." Später kündigte er dennoch schärfere Gesetze gegen HitlerParolen an, doch nach dem neuen sozialdemokratischen Justizminister Björn Weth reichten die jetzigen aus, "wenn wir sie konsequent anwenden" was Kopenhagen indes bis heute nicht tut.

Verstoß gegen die Verfassung

Die vulgärste antisemitische Propaganda kommt ausgerechnet aus England. Auf Vorhaltungen Bonner Persönlichkeiten reagierten hochrangige Londoner PolizeiVertreter mit dem Satz: "Sie haben eine Geschichte, wir nicht!" Daß die Diktion in jenem besagten Blatt "DeutschlandReport" inzwischen vorsichtiger geworden ist, gibt es mit notwendiger Rücksichtnahme auf seine Leser in der Bundesrepublik an auf ein Eingreifen britischer Behörden ist dies nicht zurückzuführen...

Von Kanada versendet ein Ernst Zündel seine "Germania" mit übelsten Beleidigungen gegen die jetzige deutsche Demokratie. Der Oberste Gerichtshof in Toronto aber hob ein Urteil gegen ihn auf, das wegen seiner pronazistischen Aktivität ergangen war, weil dieses gegen das Verfassungsrecht der freien Meinungsäußerung verstoße.

In Venlo kam es Mitte Juli 1994 zu einem gemeinsamen Aufmarsch niederländischer und deutscher Rechtsextremisten, die holländische Polizei griff nicht ein. Der letztjährige "Gedenkmarsch" für den Hitler Stellvertreter Rudolf Heß wurde aus den Niederlanden, und zwar von dem 37jährigen Eite Homann aus Groningen, dem Leiter der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten", gelenkt. Auch hierbei schritten die Behörden nicht ein: Seine Handlungen stellten keinen Straftatbestand dar. Gleiches gilt dann gewiß auch für seine sogenannten "Wehrsportübungen", in denen ebenfalls deutsche UltraRechte vormilitärisch ausgebildet werden wenn man gutinformierten Quellen glaubt.

Spanien verbot 1991 die von Rechtsextremen geplante Ehrung der im damaligen Bürgerkrieg gefallenen Flieger der deutschen "Legion Condor", doch die alljährlichen internationalen NaziTreffen auf dem Madrider Plaza de Oriente verlaufen stets ungestört. Als der österreichische Neonazi Ochsenberger vor Antritt seiner Gefängnisstrafe nach Spanien flüchtete und von dort weiterhin sein Pamphlet "Sieg" verbreitete, wurde er nie behelligt obwohl Madrid wußte, daß Wien nach ihm fahndete. Gerd Honsik tauchte nach seiner Verurteilung wegen NSWiederbetätigung in seiner österreichischen Heimat unter und ebenfalls in der iberischen Halbinsel wieder auf, wahrscheinlich wohnt er im schönen Badeort Tarragona wo sein Leben finanziert, ist unbekannt. Zwar drohte Spaniens Justizminister Herbst 1993 im Parlament an, er wolle den Druck neonazistischer Veröffentlichungen

verbieten doch kann Honsik seine Flugzeitung "Halt" bis heute ungestört herstellen und versenden.

General a. D. Otto Ernst Reiner war 1992 von einem Gericht in Schweinfurt wegen Volksverhetzung rechtskräftig zu einem Jahr und zehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden, vor Haftantritt im März 1994 floh er nach Spanien. Sein Antrag auf politisches Asyl wurde zwar in Madrid abgelehnt, doch ist bisher immer noch nicht der von deutscher Seite beantragten Auslieferung entsprochen worden; ein spanisches Gericht prüft angeblich weiterhin, ob die ihm vorgeworfenen Delikte auch nach dortigem Recht strafbar sind was offensichtlich nicht der Fall ist.

Ausgerechnet aus den USA kommt die meiste neonazistische Propaganda seitens einer sogenannten "NSDAP/AO" mit ihrer Zeitung "NS Kampfruf. Kostet das Zweijahresabonnement 20 DM, so tragen diese nicht einmal die Druckkosten und das Luftpostporto gerade hier stellt sich die Frage nach den Finanziers im Hintergrund! Seit Jahren wurden dieserhalb bundesdeutsche Sicherheitsstellen bei amerikanischen Behörden vorstellig. Bei seinem Deutschlandbesuch Ende 1993 kündigte FBI-Direktor Freeh gegenüber der Bundesjustizministerin und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes Untersuchungen an und gab wie es heißt in den USA ein Rechtsgutachten in Auftrag, das Einschleusen derartiger Druckerzeugnisse zu verhindern. Mitte September letzten Jahres mußte die Bonner Bundesregierung indes einräumen, geändert habe sich "an der unerfreulichen Situation jedoch bisher nichts".

Attentate wurden propagiert

Bei allen Verhandlungen beruft sich Washington auf das zweifellos sehr wichtige Grundrecht der Meinungsfreiheit. Doch wie weit gilt dieses, auch für Aufrufe zum Morden? Zum Jahreswechsel nämlich schleuste jene Nazi-Gruppe eine Broschüre mit dem Titel "Strategie und revolutionärer Kleinkrieg" nach hier ein, in der Attentate im Sinne von einer "Exekution von Verrätern aus den eigenen Reihen als auch aus den Reihen des Feindes" also deutsche Politiker als "unerlässlich und überdies legitim" propagiert werden! Denn: "Wir sind das Recht, weil wir der Staat von morgen sind!" Und weiter: "Alle diese Volksschädlinge zu denen in der Vielzahl der Fälle insbesondere Systempolitiker zu rechnen sind, gilt es zur Verantwortung zu ziehen für ihr schändliches Treiben!"

Es ist kaum anzunehmen, daß den US-Behörden dieses Pamphlet unbekannt ist - doch von ihrem Eingreifen war bisher nichts zu hören. Die "Neue Osnabrücker Zeitung" schrieb in diesem Zusammenhang unlängst, "Nachbarn und Freunde jenseits und diesseits des Atlantiks sind es ihrer eigenen Glaubwürdigkeit schuldig, das zu tun, was von den Deutschen zu Recht erwartet wird: Die Aktivitäten der Hitler-Anhänger zu unterbinden. Das setzt allerdings echten Willen voraus. Manchmal könnte man daran Zweifel haben. Es ist allerdings auch leichter - und für den einen oder anderen nützlich? -, die heutige Bundesrepublik-Deutschland weiterhin als "nazistisch" zu diffamieren ...